

## **»Niedergang hat alte und neue Ursachen«. Erklärung der Mitgliederversammlung vom Liebknecht-Kreis Sachsen am 14. Juni 2019 zum Wahldebakel am 26. Mai 2019**

Nur gut drei Monate vor den Landtagswahlen hat unsere Partei am 26. Mai in Sachsen (mit Ausnahme der Stadt Leipzig) eine eklatante Wahlniederlage hinnehmen müssen. Bei den Europawahlen hat sie 11,6 Prozent der Stimmen erhalten, bei den Kommunalwahlen auf Stadt- und Kreisebene 11,2 Prozent. Von der SPD konnten wir keine Stimmen gewinnen, ebenso wenig aus dem Lager der Nichtwähler. Weitere Verluste haben wir bei den Lohnabhängigen hinnehmen müssen. Von den Jungwählern bis zum 30. Lebensjahr haben wir bei der Europawahl gerade einmal sieben Prozent bekommen. Das ist genau so viel wie die linke Satirepartei „Die Partei“ mit deutlich weniger Wahlkampfbudget erhalten hat. Das Erscheinungsbild unserer Partei wirkt derzeit offensichtlich wenig anziehend und eher demobilisierend. Unser erklärtes Wahlziel, bei den Landtagswahlen 20 Prozent zu erreichen, ist in weite Ferne gerückt.

„Die Reaktion der Parteiführung auf diesen Wahlausgang“, so der Ältestenrat mit dem Blick auf die Parteiführung der LINKEN, „ist bisher unangemessen und von oberflächlichen Ausreden gekennzeichnet.“ In Sachsen ist die Situation ähnlich. Der bevorstehende Landesparteitag muss daher unbedingt genutzt werden, um entschiedene Schlussfolgerungen für unser Auftreten im Landtagswahlkampf zu ziehen und ein ähnliches Desaster am 1. September zu verhindern. Als Liebknecht-Kreis engagieren wir uns in diesem Wahlkampf. Wir beteiligen uns aber ebenfalls daran, die Ursachen dieser Wahlniederlage aufzudecken und Schlussfolgerungen für eine Neuausrichtung unserer Partei als kämpferische linke Alternative zu ziehen, als sozialistische Partei, die die System- und Eigentumsfrage stellt und in NATO-Deutschland 2019 Anklage gegen die aggressive Politik von USA, NATO und Bundeswehr gegen die Russische Föderation erhebt.

### **Erstens: Wählerverluste signalisieren Existenzkrise ähnlich wie bei der PDS 2002**

Vergleiche der Ergebnisse der Bundestagswahlen 2002 für die PDS mit denen der Europawahlen 2019 für die LINKE ergeben beängstigende Ähnlichkeiten. Damals hatte die PDS bundesweit 4,0 Prozent erhalten; diesmal 5,4 Prozent. In Ostdeutschland erhielt sie damals 16,9 Prozent, diesmal mit 13,8 Prozent sogar noch weniger. Nach Umfragen liegt die LINKE bundesweit mittlerweile zwischen sieben und acht Prozent. Womöglich nicht nur CDU und SPD, sondern auch unsere Partei geraten in eine Abwärtsspirale nach unten, wenn wir nicht gegen steuern. Der Gewinn von fast einer Million Stimmen bei der Europawahl durch die linke Satirepartei (also fast halb so viel, wie die LINKE erhalten hat) und die Abwanderung von mehr als 600.000 Stimmen zu den Grünen offenbaren die Tiefe der Glaubwürdigkeitskrise unserer Partei.

Der Zuwachs an Stimmen für uns in Bremen könnte dann zur Katastrophe werden, wenn die LINKE sich dort, wie abzusehen, an der Regierung beteiligt, dabei die Schuldenbremse und die neoliberale Politik auf Landesebene hinnimmt und dann auch „im Westen“ sich die Glaubwürdigkeitskrise der LINKEN verschärft.

### **Zweitens: Niedergang hat alte und neue Ursachen**

Schon am Ergebnis der Bundestagswahl 2017 war nicht zu übersehen, dass wenige Jahre nach Gründung der Linken und der Verabschiedung des kämpferischen linken Programms von

Erfurt unsere Partei ihren kämpferischen Elan verloren hat und zunehmend als „Partei wie die anderen auch“ bewertet wird. Wieder hat sich in der Partei eine Sozialschicht entwickelt, die von der Partei lebt, den Brückenschlag zu den Regierenden betreibt und sukzessive in wichtigen Bereichen der Politik (Außen- und besonders Russlandpolitik, Politik der Sozialpartnerschaft, Akzeptanz der Schuldenbremse, Leugnung des Klassencharakters der staatlichen Institutionen, Diffamierung der DDR, Übernahme des Konstrukts von der Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch rechts und links usw.) den Eckpunkten bundesdeutscher Staatsräson unterwirft. Die Wirkung damals und dann auch vor den Maiwahlen war, dass DIE LINKE ihren Charakter als erste Adresse des politischen und gesellschaftlichen Protestes gegen Prekarisierung, soziale Ungleichheit, Kriegspolitik und Umweltzerstörung verloren hatte und im wachsendem Maße mit „denen da Oben“ gleichgesetzt wurde.

Vergessen wurde die sozialistische Erkenntnis vom Doppelcharakter der Wahlen als Instrumente der Befreiung und Werkzeuge der Prellerei. Wahlkampf als Aufklärung über die gesellschaftlichen und politischen Zustände verlor an Bedeutung. Frustration bewirkten die fortwährenden Ankündigungen, ein politischer Richtungswechsel stehe bevor, wenn denn die LINKE als Regierungspartei politisch mit gestalten könne. Überall dort, wo die LINKE sich dann an Regierungen beteiligte, verlor sie im besonderen Maße an Stimmen.

Die LINKE wird nur dann in den politischen Auseinandersetzungen bestehen können, wenn sie sich von dem gängigen politischen Illusionstheater verabschiedet und eine Strategie der Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mittels Entwicklung politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht auf ihre Fahnen schreibt, wie es Raul Zelik in seinem Beitrag im „neuen deutschland“ vom 6. Juni (Seite 15) zu Recht gefordert hat.

Hinzu kam in jüngster Zeit ein Glaubekrieg ohne reale Grundlage gegen Sahra Wagenknecht. In den Augen vieler verlor die Partei mit dem provozierten Rücktritt von Sahra einen Teil „ihre Seele“. Eine Partei, die ihre fähigste Politikerin auf diese Weise demontiert, wird nicht auf der Höhe der Aufgaben geführt.

### **Drittens: Führungskrise der LINKEN durch Neuwahl überwinden**

Der für Juni/Juli 2020 vorgesehene Wahlparteitag muss auf die Zeit nach den Landtagswahlen im Herbst vorgezogen werden.

Die beiden Parteivorsitzenden sind wesentlich für die Wahlniederlage mitverantwortlich. Sie haben nachdrücklich dazu beigetragen, durch Mehrheitsbeschluss des Parteivorstandes die Weiterentwicklung von „Aufstehen“ – ein Versuch der Bildung einer Bewegung von unten gegen Neoliberalismus und Krieg – zu blockieren. Sie haben es zugelassen, dass von Erfurter Programm und von roten Haltelinien bei Regierungsbeteiligung kaum bzw. nicht mehr die Rede ist. Sie haben zugelassen, dass die Parlaments- und Regierungsfixiertheit der Partei zugenommen hat. Beängstigend war die Aneinanderreihung von politischen Absurditäten durch Katja Kipping auf dem Leipziger Parteitag und in dessen Umfeld Mitte 2018: Die LINKE sei Friedenspartei, weil sie die internationalen Spannungen abbaue; Merkel sei wahrscheinlich das letzte Aufgebot des Neoliberalismus; die LINKE müsse mehr Bodo Ramelow wagen und für 2021 „r2g“ vorbereiten.

Die derzeitige Führung der LINKEN ist offensichtlich nicht in der Lage, der Partei eine tragfähige strategische Orientierung für linke Politik zu geben. Mit ihrer Orientierung auf immer mehr Regierungsbeteiligungen verfolgt sie einen Kurs der Quadratur des Kreises in der Politik, der zu immer mehr Anpassung und zum Niedergang führt.

#### **Viertens: Schwächen in der Wahlkampfführung in Sachsen**

Auch in Sachsen ist die derzeitige innerparteiliche Situation sehr unbefriedigend. Die Partei wirkt nach dem Wahldesaster vom 26. Mai geschockt, von der Landes Spitze und dem Spitzenkandidaten gingen und gehen kaum Impulse aus, die drohende Wahlniederlage abzuwenden und den Landesverband in seiner ganzen Breite zu mobilisieren. Es passiert eher Gegenteiliges: das Aufstellungsverfahren für die Landesliste, der Listenvorschlag und dann die Wahl der Landesliste auf der LVV am 6. April in Leipzig offenbarte gravierende strategische und personelle Defizite der sächsischen LINKEN. Fachliche Kompetenz bei landespolitischen Schwerpunktthemen, berufliche Vernetzung mit der Gesellschaft und strömungsübergreifender Pluralismus spielten faktisch keine Rolle. Die Alterszusammensetzung unter den aussichtsreichen Plätzen spiegelt den "Jugendwahn" der Partei in den urbanen Zentren wider. Es ist schwer absehbar, ob die künftige, zahlenmäßig vermutlich deutlich verkleinerte Fraktion bei den möglichen parlamentarischen Konstellationen nach der Landtagswahl - es droht entweder eine Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Grünen oder sogar eine Vierparteienregierung unter CDU-Führung und jeweils eine AfD als klare Oppositionsführerin - den neuen Anforderungen gewachsen sein wird.

Auch der zweite Entwurf der vom Lavo am 15. März beschlossenen Wahlstrategie für die Landtagswahl („Wir sind bereit, zu regieren“, Seite 3; „Wir haben nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen.“ Seite 8) ist keine solide Grundlage für eine erfolgreiche Wahlkampfführung, die durch merkwürdige Aussagen von sächsischen SpitzenvertreterInnen in den letzten Monaten ohnehin belastet ist. Jedwede "Farbspiele" oder parteipolitische Luftschlösser mit Blick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung und/oder Tolerierung einer Minderheitenregierung verbieten sich derzeit von selbst. Wir kämpfen für ein möglichst starkes Wahlergebnis der LINKEN und nicht um faule Kompromisse.

Wir plädieren darüber hinaus sehr dafür, die Ursachen des Wahlerfolgs der LINKEN in Leipzig bei den Kommunalwahlen genau zu analysieren und daraus zu lernen, anstatt wie bisher die Spitze des Stadtverbandes verdeckt oder offen innerparteilich zu bekämpfen.

#### **Ausblick:**

Der LKS ist bereit zu einem Neustart. Er wird im Herbst 2019 unter dem Thema: „Gesellschaftsstrategie und Wahlstrategie – Probleme der LINKEN nach den Wahlen 2019“ eine Konferenz durchführen. Auch in den nächsten Ausgaben seiner Schriftenreihe spielen die anstehende Parteidebatte und strategische Fragen der Linken eine wesentliche Rolle.